

Sehr geehrte Kolleginnen, lieber Herr Bürgermeister Ziegler, geehrte Kollegen, meine Damen und Herren,

Nach dem Motto „Mal ‘was Anderes!“ wollen wir GRÜNE heute auf den Vortrag aller wichtigen Ansätze und auf deren Einordnung in diesem Zahlenwerk weitgehend verzichten. Das alles wurde ohnehin heute durch die Vorreden anderer Fraktionen schon in ausreichendem Umfang dargestellt. Zur Analyse dieses Haushaltsplans wollen wir stattdessen versuchen, den haushaltsbezogenen Artikel plus Kommentar des Journalisten unserer lokalen Wochenzeitung über die Beratung während der zweiten Märzwoche aus unserer Sicht zu korrigieren. Es geht uns darum, dass sich keine grobe Fehleinschätzungen, Missdeutungen oder unzutreffende Eindrücke aus dem Medienbereich über das diesjährige Haushaltsgebaren in der kommunal interessierten Öffentlichkeit festsetzen.

Im Gemeinderat habe diesmal zwar der „Löwe gut gebrüllt“, so heißt es da; das Gremium sei aber „nähere Vorschläge“ zur Konsolidierung unseres unterfinanzierten Haushalts 2016 schuldig geblieben. Dieser Eindruck des Autors ist aber völlig falsch: Wir verabschieden heute einen gemeinschaftlich von Verwaltung und Rat intensiv erarbeiteten Etat, der nach meiner langen Erinnerung wie kaum ein anderer zuvor so stark den Willen erkennen lässt, mit vielen Einnahmeverbesserungen und zahllosen Ausgaben-Begrenzungen die drohende Überschuldung im Vermögenshaushalt sowie unvermeidbare Defizite im Verwaltungshaushalt abzuwenden. Und zwar ganz bewusst (noch) ohne große Kahlschläge.

Ein intensiver und erstaunlich homogener Ablauf des Beratungsverfahrens

Die Wahrheit ist also, dass nach den Vorberatungen in weitgehendem Konsens für die öffentliche Gemeinderatssitzung nicht „mehr viel übrig“ war, um es aus Gründen der Verbesserung der Haushaltsstruktur noch durch weitere Änderungsanträge der Fraktionen aufgreifen zu können.

Bereits den Beratungen vorausgehend, hatte übrigens der Gemeinderat die einhellige Bereitschaft für - allerdings immer halbwegs maßvolle - *Einnahmeerhöhungen* bekundet, und diese waren im öffentlich präsentierten Haushaltsentwurf schon enthalten. Hingewiesen sei z.B. auf die Bestattungsgebühren (+ 40 T€ im Ansatz), die Nutzungsentgelte beim Weihnachtsmarkt (+2 T€) - übrigens parallel mit der Reduktion der Weihnachtsbleuchtung (- 2 T€), die Entwässerungsabgabe (geplant mit + fast 31 T€), die Badegebühren (mit geschätzter Mehreinnahmeerwartung von + 40 T€ - freilich abhängig vom Wetter), die elterlichen Kindergartenentgelte (+ 8 T€) wie auch im Haus des Kindes (+ 3 T€), die zusätzlich erwarteten Eintrittsgelder im Lobdengau-Museum (+ 4 T€), ja sogar die Entgelte für die Beanspruchung der Feuerwehr durch betroffene Einwohner (+ 2 T€) etc. - von Vergnügungs- oder auch Hundesteuer (Mehransätze jeweils + 33 T€ und + 10 T€) einmal ganz abgesehen. Die Grundsteuererhöhungen hatten wir bekanntlich schon zu Jahresbeginn um mehr als 150 T€ erhöht.

Verwaltungshaushalt

Im Verwaltungshaushalt hatten sich im Vorfeld des Gemeinderats zunächst die Amtsleitungen der Stadt gemeinsam mit Kämmerer und Bürgermeister so ernsthaft wie nie bemüht, ihre Bedarfsanmeldungen knappstmöglich anzusetzen; praktisch alle Handlungsnotwendigkeiten der Verwaltung im laufenden Jahr waren von vorn herein „auf Kante genäht“. Man hatte also – was offenbar nicht von allen Presseorganen bemerkt wurde – auf das früher übliche Kräftespiel verzichtet, bei dem die Verwaltung Forderungen für gut auskömmliche Mittel zur Durchführung ihrer Vorhaben zum Ansatz bringt, um es dann dem politisch verantwortlichen Gemeinderat zu überlassen, diese schmerzhaft auf ein Mindestmaß zurück zu stützen.

Als Beweis dafür kann u.a. der wichtige Sammelnachweis „Gebäudeunterhaltung“ dienen, der allein schon gegenüber 2015 um 275 T€ (!) zurückgenommen wurde. Die neue finanzielle Schmerzgrenze nun auch einzuhalten, wird Herrn **Speyerer** im Jahresverlauf noch viel Kopfzerbrechen bereiten, ist er doch ebenso dafür verantwortlich, dass das liegenschaftliche Vermögen der Stadt keinen vermeidbaren Wertverlust erleidet oder nicht zu den oft hohen Unterhaltungs-Mehrkosten in einer Zukunft kommt, die uns ja zumindest bis 2018 auch nicht gerade rosig scheint. Und denken Sie etwa ans Abspecken der Straßenreparatur-Maßnahmen 2016; denn nach einer sehr strengen Auswahl, (vorgenommen gemeinsam mit dem Technischen Ausschuss) in Höhe von mehreren 100 T€, sind dort nur noch völlig unverzichtbare Vorhaben enthalten, deren Unterlassung in der Folgezeit nur zu noch höheren Haushaltsbelastungen führen würde.

Trotz alldem haben, im Anschluss daran, in vier langen Sitzungen der Verwaltungsausschuss des Gemeinderates und die ihm zurarbeitende Haushaltskommission – in der jede Gemeinderats-Partei vertreten war – bereits bei den Vorbereitungen zum Verwaltungsentwurf nochmal kritisch, ohne Denkverbote und durchaus mit gutem Erfolg „zugepackt“. Vom spöttisch unterstellten „Ponyhof“ also keine Spur: Mit dem 2015er Haushaltsplan immer in der Hand, gelang es für 2016, zusätzliche Ausgaben-Rückführungen im Umfang von mindestens nochmals gut 220 T€ zu erreichen, die dann direkt in den Entwurf eingingen. Drei Dinge wurden dabei besonders beachtet: *Erstens* die auch psychologisch wichtige Spürbarkeit von Kürzungsbeiträgen möglichst aus *allen* Bereichen der Stadt, bis hin sogar zu den Schulen, deren ureigene Sachmittelbudgets auf Vorschlag der GRÜNEN um 5 % zurück genommen wurden – bisher ein Tabu! –; *zweitens* die Erfordernis hinreichender Vorsorge zur Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben – egal, ob es um „angestammte“ wie etwa die örtliche Schulträgerschaft, die Verkehrssicherungspflicht usw. oder um neu hinzugekommene wie die menschenwürdige Anschlussunterbringung von Personen im Asylverfahren geht –; und schließlich *drittens* das vorläufig weitere Festhalten an der Bewahrung einer gerade noch existenzsichernden finanziellen Substanz für die bewährten Einrichtungen unserer Stadt, die der Bevölkerung gute und wichtige Leistungen subventioniert anbieten und daher als „weiche Standortfaktoren“ für unsere Kommune zu werten sind – zumal deshalb, weil diese künftig in Gewerbe und Bewohnerschaft auf einen kräftigen Zuwachs hinarbeitet.

Es hätte zum Beweis schon genügen können, die ausgewiesenen Zuschussbedarfe der Haushaltstitel für 2016 mit denen von 2015 zu vergleichen. Dort zeigt sich nämlich, dass

diese heuer bei 39 von etwa 80 Haushaltsabschnitten zurück gegangen oder gleich geblieben sind, obwohl sich auch dieses Jahr wieder die Preise vieler Ausgabenarten, allem voran die tarifliche Entwicklung der Personalkosten, kräftig verteuert haben. So etwas gab es meines Wissens so noch nie. Und das stellt mithin eine gute Gemeinschaftsleistung der Verwaltung und der zuständigen Ratsgremien dar, mit der wir uns an vielen Stellen natürlich keine Freunde geschaffen haben – die aber gleichwohl nötig war.

Überblick zur Entwicklung des Haushaltes der Stadt von 2015 nach 2016

Im Einzelnen stellt sich das in praktisch allen Abschnitten (Einzelplänen) wie folgt dar: Trotz allgemein gestiegener Kosten (durchaus nicht nur für Löhne, Gehälter und Vergütungen!) und trotz der vielen und auch einiger neuen Pflichtaufgaben verzeichnet Abschnitt 0 „Allgemeine Verwaltung“ einen Anstieg des Zuschussbedarfs von nur knapp 45 T€; beim Abschnitt 1 „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sinkt dieser sogar um mehr als 98 T€; im Abschnitt 2 „Schulen“ steigt er zwar erwartungsgemäß an, aber lediglich um ca. 258 T€, und dies in einer Schulstadt mit allen entsprechenden Funktionen eines regionalen Unterzentrums. Für Abschnitt 3 „Wissenschaft, Forschung, Kultur“ inklusive den ganzen außerschulischen Bildungseinrichtungen wird gegenüber dem Jahr 2015 sogar ein um etwa 242 T€ sinkender Zuschussbedarf eingeplant; im Sozialausgabenbereich des Abschnitts 4 mit all seinen bedarfsdeckenden Kindereinrichtungen und den vielen Personalstellen steigt er gerade mal um 183 T€. In Einzelplan 5 „Gesundheit, Sport, Erholung“ soll laut Plan der Zuschuss dagegen um rd. 104 T€ zurück gehen; im Abschnitt 6, wo es um Städtebau- und Wohnungswesen geht, nimmt er nur moderat um etwa 295 T€ zu – obwohl wir heuer die dringend erforderlichen Neubaugebiete anpacken –; und auch im Abschnitt 7, welcher den Öffentlichen Einrichtungen, den technischen Infrastrukturen und der Wirtschaftsförderung gewidmet ist, steigt er um bloße 88 T€.

Im Einzelplan 8 mit den städtischen Unternehmen, den Grund- und Sondervermögen und allen kommunalen Versorgungseinrichtungen sinkt der anzustrebende Gesamtüberschuss gegenüber dem Vorjahr kaum, nämlich nur um (plus) 61 T€. Allerdings - und das ist auch ein Kernproblem des Verwaltungshaushalts - wird wohl der bitter nötige Gesamtüberschuss des Abschnitts 9 „Allgemeine Finanzwirtschaft“ laut heutiger Planung nur noch um eine knappe halbe Million € gegenüber dem Vorjahr zu steigern sein.

Die Aussage der Ortszeitung: „Für wirklich schmerzhaft Sparvorschläge ... oder deutliche Zuschussreduzierungen fehlte den Entscheidungsträgern der Mut“, trifft also keinesfalls zu – um das nochmals klar zu sagen.

Ich bestreite aber nicht, dass es noch offene Fragen gibt, die sich stellen, die aber in 2016 noch nicht beantwortet wurden. Etwa für Zusammenlegungen bei städtischen Einrichtungen (damit bald weniger unserer Immobilien genutzt werden müssen) oder gar für Personalentlassungen – beides wären ja drastische Notmaßnahmen im Haushalt – muss dieser Etat unseres Erachtens (noch) keine Vorsorge treffen.

Prüfaufträge

Weitergehende Überlegungen dazu sind jedoch schon mit Hilfe der Haushaltskommission auf den Weg gebracht. Dafür gab es konkrete Prüfaufträge, die nun in Ruhe und Sorgfalt abgearbeitet werden müssen. Diese, und die vielen haushaltsrechtlichen oder personalrechtlichen Voraussetzungen für solche Einschnitte sollten sie nötig werden, bedürfen nämlich genauer Abklärung, und zwar auch fachlich und politisch. Alle dazu vorgetragenen Ideen haben gemeinsam, dass derartige Struktureingriffe in ihrer Wirksamkeit einen sehr „langen Bremsweg“ haben sowie einer meist sehr schwierigen Abwägung bedürfen zwischen Pflichtaufgaben, die gesetzlich zu erfüllen sind und Freiwilligkeitsaufgaben, die zwar alle theoretisch verzichtbar sein mögen, aber mitunter für die Zukunftsentwicklung der Stadt besonders erforderlich sein können. Schnellschüsse, d.h. ohne Not herbeigeführte Kahlschlags-Ratsbeschlüsse, sind nicht sinnvoll und man sollte auch verstehen, dass Bürgermeister **Ziegler** zwar solche strukturelevanten Prüfaufträge bearbeitet, es aber der ihm im Amt bald nachfolgenden Person überlassen muss, daraus die entsprechenden Verwaltungsanträge an den Gemeinderat zu entwickeln.

Die Aussage, dass im Zuge der diesjährigen Haushaltsberatung angeblich „weniger als 100 T€ eingespart (wurden) – und das bei einem Haushaltsvolumen von 44 Mio. €!“ ist also völlig daneben. Mit diesem ohnehin unzulässigen Vergleich – denn die fünf kleinen Last-Minute-Einsparungsanträge am 8./9. März zum Verwaltungshaushalt, und nur diese, wurden hier in Beziehung gebracht zur Summe aus Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ; es wird suggeriert, dass dieses Jahr angeblich erzielt es Einspar-Ergebnis der Ladenburger Kommunalpolitik in Verwaltung und Räten läge bei ¼ %. Das ist Unsinn. Denn selbst eine schon eher noch zulässige Relation zwischen den m.E. tatsächlichen Strukturverbesserungen im Verwaltungshaushalt von rund einer ¾ Mio. € gegenüber 2015 einerseits und dem Volumen dieses Haushalts-Teils in 2016 von rd. 33,4 Mio. € andererseits – wäre eine „Kennziffer“ ohne jede sinnige Aussagekraft gewesen. Wir hoffen, dass mit unseren Erläuterungen klar geworden ist: Diesmal wurde eben ein anderes als das bisher übliche Herangehen an die Begrenzung laufender Ausgaben praktiziert. Die Zurückhaltung der Ratsmitglieder bei der öffentlichen Etatberatung war wohl begründet und hatte mit Lähmung wie bei „Kaninchen vor der Schlange“ rein gar nichts zu tun.

Nun aber noch ein paar Betrachtungen zum Vermögenshaushalt.

Vermögenshaushalt

Mit dem schmerzlichen Wegfall hunderter industrieller Arbeitsplätze und daraus resultierendem Gewerbesteuer-Rückgang um 7 ½ Mio. € gegenüber 2015 sowie mit der in 2016 unvermeidbaren negativen Zuführung ist unser Vermögenshaushalt so belastet, dass vieles Wünschenswertes dort - und auch in der mittelfristigen Finanzplanung - nicht mehr abgebildet werden kann. Das trifft zahlreiche Interessenträger hart, leider auch ehrenamtlich Tätige, z.B. in den sporttreibenden Vereinen – diese sogar wohl für einige Jahre. Aber auch viele Privatpersonen sind von den Sparzwängen im investiven Bereich städtischer Tätigkeit schwer betroffen. Dazu gehören leider auch Eltern und Kinder, von denen viele – hoffentlich nur bis auf Weiteres und nicht endgültig – auf eine

Zentralmensa im Schulzentrum verzichten müssen. Gerade hier war den GRÜNEN wichtig, dass die Planung notfalls dennoch beginnen kann und der Gemeinderat mit dem Erhalt der Planungsrate zeigt, dass eine Mittagessensversorgung der Schülerschaft als hochrangig angesehen wird – d.h. wenn irgend möglich in der nahen Zukunft berücksichtigt werden soll. Auch auf andere, z.B. auf weitere qualitative Verbesserungen bei den Tageseinrichtungen für junge SchülerInnen wird leider vorerst zu verzichten sein. Bezüglich des ÖPNV werden wir auch nach der jetzt verbindlich zugesagten Herstellung der S-Bahn-Fähigkeit des Bahnhofes wohl noch lange warten müssen, bis auch das Bahnhofsumfeld attraktiver als heute ausgestaltet werden kann.

Neue Schulden will die Stadt 2016 trotz günstiger Zinsen nicht machen und das tragen wir mit, d.h. die Pro-Kopf-Verschuldung bleibt weiterhin knapp unterhalb 1 T€ je Einwohner stehen – ein beachtlicher, aber doch noch nicht kritischer Wert. Mit den hohen geplanten Grundstückserlösen sind die Rücklagen aufzufüllen, die allerdings in den Jahren 2017 ff. wieder abschmelzen werden. Leider wird diese „Ersatzdeckungsquelle“ in wenigen Jahren nahezu versiegt sein.

Auch und gerade in schwierigen Zeiten können aber die städtischen Investitionen nicht gänzlich eingestellt werden. Der städtische Eigenbeitrag für die Herstellung der S-Bahnstation Ladenburg gehört dringend zu diesen, ebenso die weitere Modernisierung der Straßenbeleuchtung und überhaupt alle Investitionen, die einen Folge- und Unterhaltskosten dämpfenden Effekt haben. Weitere Investitionsnotwendigkeiten ergeben sich aus dem wichtigen Ziel, keinen irgend vermeidbaren Wertverfall und keine Ineffizienz beim Energieverbrauch im kommunal genutzten Immobilienvermögen zuzulassen. Und auch die nötigsten Straßenerneuerungen müssen gemacht werden - mit Kanalsanierungen wo nötig und mit der Vorsorge für eine baldige Einbringung von Breitband-Internetleitungen wo möglich. Laufend bzw. immer wieder zu investieren ist z.B. auch in die funktionelle digitaltechnische Infrastruktur für die Verwaltung; hier eine Zeitlang gar nichts zu tun, würde sich rächen und auch bei der Verwaltungs-Effizienz spürbar werden.

Mittelfristige Finanzplanung

Wenige Worte noch zur Mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 19: Aus heutiger Sicht bedeutet das Aufbrauchen der Rücklagen in diesem Zeitraum - zugleich mit dem Schwinden des Vorrats an verkaufbarem Haus- und Grundvermögen - selbstverständlich eine tiefschwarze Gewitterwolke am Himmel über Ladenburg. Was wir aber zur Vorsorge gegen schweres Unwetter jetzt brauchen, ist nicht das vorschnelle Zerschlagen irgendeiner wertvollen Dienstleistungsstruktur, sondern, neben genauem Verfolgen unserer Finanz- Entwicklung, eine sorgfältige Priorisierung der genannten städtischen Notmaßnahmen: Welche Einrichtung mit hohem Zuschussbedarf ist für die Bevölkerung notfalls noch am ehesten verzichtbar? Welche Einrichtungen müssen in der nun wieder wachsenden Stadt auch in schweren Zeiten unbedingt bleiben? Darüber müssen wir eine ehrliche Diskussion führen. Nutzen wir dafür die Zeit, die uns dieses Jahr noch bleibt! Wohlgemerkt: Diese Liste reicht vom bedeutenden kulturellen Glanzlicht „Museum“ oder der leistungsfähigen und wertvollen Bildungseinrichtung „Musikschule“ bis hin zur

populären Freizeitanlage „Schwimmbad“! Was einmal „dicht gemacht“ ist, ist aber wohl für Jahre unwiederbringlich verloren...

Zugleich müssen die auf mittlere Sicht angedachten strukturellen Prüfaufträge an die Verwaltung nicht nur von dieser abgearbeitet werden, sondern zu gegebener Zeit auch in Beschlüsse des Gemeinderats münden. Das wird politisch eine Zerreißprobe. Denn da könnte es, räumlich und personell, um ein bisher nie gekanntes „Zusammenrücken“ kommunaler Angebote gehen!

Und schließlich hinterlässt hier die ausländische Konzernleitung von Reckit-Benckiser ein industrielles Ruinenfeld, das Anlass sein müsste, frühzeitig Überlegungen für eine anderweitige Werksansiedelung anzustellen. Wie kann man verhindern, dass die abgewanderte Firma dieses Gelände über Jahre als verrottende Industrie-Brache liegen lässt? Was ist zu tun, damit wir – zumindest mit einer konzernseitigen Finanzierung der industriellen Altlastenbeseitigung – den Eigner zum Verkauf bewegen? Und welche Entwicklungs- und Nutzungsperspektiven ließen sich dann dafür herausfinden? Wo könnte eine attraktive neue Vermarktung „ansetzen“? Wie kann man proaktiv mögliche interessierte Investoren ansprechen? –

Schon angesichts dieser Fragen lohnt sich eine aktuelle Analyse der heutigen wirtschaftlichen Gesamtsituation.

Rundblick zur finanzwirtschaftliche Gesamtlage im Land und in unserer Region

Die durch kommunal nicht beeinflussbare Unternehmensentscheidungen verursachte Schieflage des Haushaltes - solange bis sie im Nachhinein über die kommunale Finanzausgleichs-Systematik wieder weitgehend aufgefangen wird - ist keineswegs allgemeines Konjunkturphänomen. Insbesondere die Wirtschaft Baden-Württembergs brummt und fast überall sprudeln die Gewerbesteuerquellen im Land wie selten zuvor. Orientieren wir uns an diesem Umfeld, so wird klar, dass eine vorsorgliche Vollbremsung bei den städtischen Gestaltungsspielräumen nicht angezeigt sein kann. Daher gilt nach Meinung der GRÜNEN im Gemeinderat, dass dieser sehr vorsichtig kalkulierte Haushalt, der die nötigen finanziellen Kriterien der Genehmigungsfähigkeit beachtet und soweit möglich den Blick auch auf die kommunale Zukunft richtet, sachgerecht ist. Es darf ja nicht vergessen werden, dass für sein Zustandekommen eine parteiübergreifend große Einigkeit bestand und eine nahezu optimale Kooperation mit der Verwaltung geherrscht hat. Davon, dass etwa, wie in der Ortspresse kolportiert wurde, angeblich einige Fraktionen nicht richtig bei der Sanierung mitgezogen hätten und daher die SPD-Räte – quasi alleingelassen – wegen ihren als stärker, mutiger und besonders als „ehrlicher“ apostrophierten Sparvorschläge künftig an Ansehen in Stadt und Bevölkerung verlieren könnten, kann überhaupt keine Rede sein. Da wird unterschätzt, wie klar es allen Gemeinderäten ist, dass sie zusammen stehen und die Verantwortung für den Haushalt gemeinsam übernehmen müssen.

Fazit

Ladenburg ist für heute nach meiner Ansicht in Ganzen richtig aufgestellt: Wir lassen uns auch bei fiskalischem Gegenwind - das sieht man unter dem Strich sehr gut - nicht davon abbringen,

- uns weiter für leistungsfähige Behörden, Einrichtungen und Schulen stark zu machen
- uns für eine lebens- und liebenswerte Stadtgestaltung, als Rahmen für viel Identifikation und großes ehrenamtliches Zivil-Engagement, aktiv einzusetzen
- planvoll darauf hinzuarbeiten, Stadt und Ortsbevölkerung mit guten Wohngebieten schrittweise zu ergänzen (was auch einseitige Abhängigkeit von der Gewerbesteuer durch die Einkommenssteuern mildern hilft)
- und wir machen dennoch Zug um Zug auch unsere hier anfallenden finanziellen Hausaufgaben – im jeweils gebotenen Ausmaß und ohne vorschnelle Panik.

Natürlich bleibt festzustellen, dass in 2016 einmal mehr der „große Wurf“ einer Konsolidierung nicht gelungen ist. Aber das jetzt Erreichte kann sich letztlich doch sehen lassen – es kann als halbwegs gerecht gegenüber der Finanzsituation und ehrlich gegenüber den Menschen in der Stadt gewertet werden.

Dank

Wir GRÜNE danken deshalb allen, die sich beteiligt haben an dieser Aufgabe, allen voran: Verwaltung, Gemeinderat, Kämmerer und Bürgermeister. Wir wollen aber auch, wie es gute Tradition ist, das Verständnis hervorheben für die manchmal unpopulären gemeinderätlichen Finanzentscheidungen, welches dem Rat in weiten Teilen der Bevölkerung trotz allen entgegengebracht wird. Und *last but not least* gilt unsere große Anerkennung denjenigen Menschen in Ladenburg, die mit Rat, Tat, Verzichtsbereitschaft und sogar mit Spenden gemeinsam einen verlässlichen ehrenamtlichen Hintergrund für die Belange der Stadt bilden - es sind ja angesichts der Aufgaben ‚Flüchtlingsbetreuung‘ oder ‚Seniorenentwicklungsplan‘ wieder ganz viele neu hinzugekommen. Und der erst vor Kurzem auf GRÜNE Initiative eingerichtete Titel, ursprünglich vor allem gedacht für unbürokratische Soforthilfen an Ladenburger SeniorInnen in Altersarmut, ist jetzt - vielfach mit dem Vermerk „Flüchtlingshilfe“ versehen - zu recht guter Ausstattung herangewachsen. Danke!

Votum

Abschließend kann ich feststellen: Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmt dem Etat der Stadt 2016 und der entsprechenden Haushaltssatzung zu und nimmt auch die mittelfristige Finanzplanung zustimmend zur Kenntnis, wohl wissend, dass dort in kommender Zeit noch teils schwierige Herausforderungen auf uns alle warten. Unsere Zustimmung erteilen wir auch den aufgabengerechten Haushalten des Wasserwerks und der beiden städtischen Stiftungen.

Martin Schmollinger